

Tarifrunde eingeläutet

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2024 18:29

Zitat von kleiner gruener frosch

Richtig. Und damit hat es jeder in der Hand. Es ist demnach natürlich richtig, den Mitarbeitern die Verantwortung zu zuweisen. Die Politik (oder wer auch immer bei dir im Beitrag 2107 "man" ist) hat damit nichts zu tun.

"Verantwortung" in dem Sinn, dass sie sich für den Streik entschieden haben.

Aber: in der Debatte (bzw. dem Zitat Wissings) ist es eine Schuldzuweisung. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Mitarbeiter in ihrer Gewerkschaft für Streik gestimmt haben, sondern es ist eine Bewertung, dass das nicht in Ordnung sei.

Jede Seite hat Ihre Gründe und Begründungen - letztlich ist es eben ein Arbeitskampf.

Der Arbeitgeber will einen möglichst kleinen Lohn (für eine bestimmte Leistung), die Arbeitnehmer einen möglichst großen.

Die Begründungen in der öffentlichen Debatte sollen Sympathien der Bevölkerung für die eine oder andere Seite bewirken, als ob es auf deren Urteil ankäme, als ob die Höhe von Löhnen auf diese Art und Weise zustande kämen. Aber viele Arbeitnehmer lassen sich davon beeinflussen und deshalb versucht Wissing ja auch den Streikenden ein schlechtes Gewissen zu machen bzw. in der Tagesschau gegen die Arbeitnehmer hetzen, dass diese quasi jetzt schuld seien wenn Putin gewinnt.

Wie User Moebius schon andeutete, kann man das natürlich auch umdrehen und sagen, dass die DB AG dafür verantwortlich ist den Streik nicht zu beenden.

Wg. Deiner Nachfrage wer in meinem Beitrag 2107 mit "man" gemeint ist:

Damit waren die 558 mit "Ja" stimmenden Mitglieder des Bundestages am 2. Dezember 1993 gemeint und die folgenden Koalitionen, die daran festgehalten haben.

"Die Politik" (wie Du es nennst) hat insofern also durchaus etwas mit dem Bahnstreik zu tun, da sie mit der Bahnreform die gesetzliche Grundlage für die Streiks beschlossen hat. Sie haben es ermöglicht, dass sich Arbeitnehmer individuell entscheiden können, ob sie gemeinsam streiken wollen (oder nicht).

Den Angestellten der Bahn diese Möglichkeit zu geben um dann darüber zu klagen, wenn sie genutzt wird, wie in der Marktwirtschaft üblich, scheint mir unredlich.